

Verwaltungsbericht der Erziehungsdirektion

Autor(en): **Annoni, Mario / Luginbühl, Werner**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Verwaltungsbericht des Regierungsrates, der kantonalen Verwaltung und der Gerichtsbehörden für das Jahr ... = Rapport de gestion du Conseil-exécutif, de l'administration cantonale et des autorités judiciaires pendant l'année ...**

Band (Jahr): - **(2004)**

Heft [1]: **Verwaltungsbericht : Berichtsteil**

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-418520>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

8. Verwaltungsbericht der Erziehungsdirektion

Direktor: Regierungsrat Mario Annoni
Stellvertreter: Regierungsrat Werner Luginbühl

8.1 Schwerpunkte der Tätigkeit

Bildung

Die gesellschaftlichen Veränderungen in Familien und Arbeitsprozessen wirken sich immer stärker auf die Situation der Bildungsinstitutionen aus. Die Lebensgewohnheiten haben sich verändert. Eltern leben weniger in geschlossenen Familiensystemen. Kinder entwickeln sich unterschiedlich. Die Integration wird vielerorts zur dominierenden Aufgabe. Heterogenität prägt die Schulen. Das führt zu vielen Reformen, die nicht überall nötig wären und doch wichtig sind, damit die Schule die Kinder auf die Arbeitswelt vorzubereiten vermag und die Qualität der Bildung es erlaubt, dass weiterführende Leistungen erbracht werden können. Nicht «Reformitis» ist die Antwort, sondern eine vernünftige Strategie und Perspektive für die Schule. Diese wurde im Berichtsjahr erarbeitet. Darin wird gezeigt, wie sich die Schule entwickeln soll. Neben den Zielsetzungen bündelt die Strategie die anstehenden Reformen und bringt sie in einen verträglichen Ablauf, damit die Lehrkräfte nicht überfordert werden und Klarheit geschaffen wird bezüglich der Massnahmen und Projekte, die in den nächsten Jahren anstehen. Die Strategie erlaubt auch die notwendige Koordination mit den schweizweit sich abzeichnenden Entwicklungen und nimmt damit die Anliegen der Koordination im Schulwesen auf. Ferner nimmt sie erstmals die Frage der Finanzierung auf und erlaubt es, Bildung auch unter ökonomischem Aspekt fassbar und planbar zu machen. Die Strategie ermöglicht es auch, die demografische Entwicklung sinkender Schülerzahlen vorauszunehmen und die Projekte unter dem Aspekt der Qualität zu planen.

Parallel zur Strategie hat sich die Direktion mithilfe einer externen Firma vertieft mit den Aspekten der Steuerung und Aufsicht befasst. Bildung wird damit auch unter dem Aspekt der Regelung der notwendigen Entscheide am richtigen Ort mit den zuständigen Partnern gesehen. Die Volksschule ist eine Verbundaufgabe mit den Gemeinden, den Schulkommissionen und den Schulleitungen. Dies wird sich in der weiteren Arbeit bei der Fortführung und Umsetzung der Massnahmen in der Bildung auswirken. Die Steuerung der Schulen der Sekundarstufe II ist eine kantonale Aufgabe zusammen mit den nach NEF in vielen Bereichen eigenverantwortlichen Schulleitungen der Gymnasien und Berufsschulen. Die Hochschulen sind gemäss der neuen Gesetzgebung eigene Rechtspersönlichkeiten und werden demzufolge durch ein professionelles Trägerschaftscontrolling auf der Basis von Leistungsaufträgen geführt werden müssen.

Kultur

Neben der Erarbeitung eines Konzeptes zur Klärung des Kulturauftrags der öffentlichen Hand wurden Modelldiskussionen geführt über das Engagement der Kulturkonferenzen, der Zentren, des Kantons und der Kulturinstitutionen selber. Hier treffen sich ganz unterschiedliche Interessen, die hohe Anforderungen an die Kommunikationsfähigkeit stellen. Die Arbeit an der unlängst begonnenen Gesetzesrevision enthält neben der Chance, einfachere Entscheidungswege und damit höhere Sicherheiten für Institutionen zu erlangen auch das Risiko, dass nicht auf Anhieb Lösungen gefunden werden.

Verwaltung

Mit Blick auf den Beginn der Einführung von NEF auf den 1.1.2005 hat sich die Direktion schwergewichtig mit der Festlegung der Leistungsvereinbarungen zwischen dem Direktor und den Ämtern,

beziehungsweise dem Generalsekretariat befasst. Dabei gelang es, mit jeder Organisationseinheit neben den Produktgruppen- und Produktzielen eine fokussierte Jahreszielsetzung zu vereinbaren. Die Auflösung des Projektteams und die damit verbundene Anstellung einer Person für das Controlling soll erlauben, die Qualitätssicherung und Steuerung auf Verwaltungsebene im gleichen Masse wahrzunehmen, wie dies auf der Basis der strategischen Grundlagen auch von den Schulen verlangt wird.

Die Bernische Lehrerversicherungskasse (BLVK) weist seit Ende 2002 eine erhebliche Unterdeckung auf und muss saniert werden. Ende Mai 2004 legte die Finanzkontrolle den Bericht über ihre Sonderprüfung bei der BLVK vor. Als Folge dieser Untersuchung wurden in der September-Session zahlreiche parlamentarische Vorstösse eingereicht. Der Grosse Rat beschloss, das bereits eingeleitete Gesetzgebungsverfahren zu beschleunigen. Da damit innerhalb der Erziehungsdirektion für die BLVK erheblich mehr Arbeitsaufwand zu bewältigen war, wurde der Ressourcenchef der ERZ bis auf weiteres für diese Aufgaben freigestellt. Gleichzeitig übernahm er auch das Präsidium ad interim der Verwaltungskommission der BLVK. Damit gelang es, bis Ende Jahr in Zusammenarbeit mit der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion (JGK) die parlamentarischen Vorstösse zu beantworten, und gleichzeitig ein neues Gesetz zur BLVK vom Parlament verabschieden zu lassen. Mit der neuen Rechtsgrundlage wird die BLVK ab Frühjahr 2005 die anstehende Sanierung in Angriff nehmen können. In der November-Session wurde zudem eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) eingesetzt, welche mit der politischen Aufarbeitung der BLVK-Krise beauftragt ist.

8.2 Bericht der Ämter

8.2.1 Generalsekretariat

Die *Abteilung Bildungsplanung und Evaluation BiEv* entwickelt Konzepte und bearbeitet Bildungsplanungs- und Evaluationsprojekte. Im Jahr 2004 stand der Bericht zu den strategischen Zielen der Bildungspolitik im Vordergrund. Ein erster Entwurf wurde mit zahlreichen Interessengruppen diskutiert und anschliessend überarbeitet. Er wird im April 2005 dem Grossen Rat vorgelegt. Gleichzeitig arbeitet die BiEv an einer Reihe meist mehrjähriger Planungs-, Evaluations- und Entwicklungsprojekten. So wurden Pilotprojekte und Schulversuche evaluiert zu den Themen Begabtenförderung, Qualitätsentwicklung, Reform der Maturitätsausbildung und Lehrvertragsauflösungen. Die Ergebnisse sind in Berichten dokumentiert. Konzept- und Entwicklungsarbeiten fanden unter anderem statt zur Schulung fremdsprachiger Kinder und Jugendlicher, zur Erneuerung des Fremdsprachenunterrichts, zur Leseförderung und zu den Informations- und Kommunikationstechnologien. Im Sinne einer Qualitätskontrolle des Schulsystems beteiligt sich der Kanton Bern weiterhin am «Programme for International Student Assessment (PISA)». Dabei werden die Leistungen der 15-Jährigen in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften international verglichen. 2004 wurden die internationalen Ergebnisse der 2. Erhebung mit dem Schwerpunkt Mathematik veröffentlicht; die Auswertung für den Kanton Bern erfolgt 2005. Auch zum PISA-Folgeprojekt TREE (Transitionen von der Erstausbildung ins Erwerbsleben) liegt eine erste Publikation vor. Im Hinblick auf den Aufbau eines kantonalen Bildungsmonitorings wurde ein Konzept für die Weiterentwicklung der Bildungsstatistik erarbeitet.

Die französischsprachige Abteilung «Bildungsplanung und Evaluation» (BiEv) ist im französischsprachigen Generalsekretariat integriert. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, Bildungs- und Erziehungsprojekte im französischsprachigen Kantonsteil zu unterstützen, zu leiten und zu evaluieren. Im Berichtsjahr befasste sie sich u. a. mit folgenden Hauptthemen: Bildungsstrategie, Schülerbeurteilung, PECARO, internationale PISA-Studie, Pilotprojekt Neugestaltung des 9. Schuljahrs, zweisprachiger Unterricht in Biel-Bözingen, Evaluation des Pilotprojekts der Höheren Handelsschule in St. Immer usw. Die Abteilung leitete namentlich eine interkantonale Arbeitsgruppe, die den Auftrag hat, in Anwendung des Rahmenlehrplans PECARO Vorschläge für einen in den Kantonen Bern (französischsprachiger Kantonsteil), Jura, Neuenburg und Freiburg einheitlichen Volksschullehrplan zu unterbreiten. Die BiEv betreut zudem die Kommission für Lehrplan- und Lehrmittelfragen an der französischsprachigen Volksschule (COMEO), in der sie das Präsidium innehat und deren Verwaltung sie leitet.

Der *Rechtsdienst* hatte im Berichtsjahr 320 Eingänge im Bereich der Verwaltungsjustiz zu verzeichnen (im Vorjahr 256). Unter den Eingängen stellte der Bereich Ausbildungsbeiträge den grössten Anteil der Beschwerdeverfahren. Darauf folgten die Bereiche Berufsbildung, Personalrecht und Arbeitsverhältnisse Lehrkräfte. Im Berichtsjahr konnten 281 (im Vorjahr 262) Geschäfte erledigt werden. In 154 Fällen wurde das Verfahren ohne Entscheid, d. h. gestützt auf einen Rückzug, wegen Gegenstandslosigkeit oder auf andere Art erledigt. Von den insgesamt 127 durch Entscheid erledigten Beschwerden wurden 30 ganz oder teilweise gut geheissen. Der Rechtsdienst hat im Berichtsjahr sodann verschiedene Verwaltungsverfahren und Aufsichtsverfahren für die Direktion durchgeführt und einzelne Beschwerdeverfahren zuhanden des Regierungsrates instruiert. Er hat zahlreiche schriftliche und mündliche Rechtsauskünfte an Schulbehörden, Lehrkräfte, Eltern und weitere Personen erteilt. Im Bereich Gesetzgebung wurden 27 Erlasse begleitet, die im Berichtsjahr verabschiedet wurden.

Neben den Alltagsgeschäften hat die *Abteilung Erwachsenen-Bildung* (E-B) im Jahr 2004 erneut intensiv an der Umsetzung der SAR-Entscheide gearbeitet. Dies beinhaltet einerseits die Begleitung von 40 Organisationen, welche ab 2006 keine Strukturbeiträge mehr erhalten. Einige wenige werden auf diesen Zeitpunkt hin ihre Tore schliessen oder haben dies bereits getan. Die meisten haben Massnahmen zur Optimierung ihres Betriebes eingeleitet, erhöhen die minimale Anzahl der Teilnehmenden und die Preise für ihre Angebote, suchen nach zusätzlichen Finanzierungsquellen oder nach neuen Formen der Kooperation. Die künftige WB konzentriert ihre Tätigkeit auf die Programmförderung; die Förderung von Institutionen wird vollständig aufgegeben. Andererseits arbeitete die E-B an Grundlagen für das neue Gesetz über die Berufsbildung, die Weiterbildung und die Berufsberatung. Die bisherige Trennung von Erwachsenenbildung und beruflicher Weiterbildung soll aufgehoben werden. Damit verbunden ist die Integration der E-B in das Amt für Mittelschulen und Berufsbildung. Die Förderung zur Integration von Migrantinnen und Migranten ist ein Schwerpunkt der E-B. Hier wurde ein Verzeichnis von qualifizierten Kursleitungen auf dem Internet publiziert. Etliche Gemeinden oder andere Organisationen bieten MuKi-Deutsch an. Mütter und Kinder erhalten vor Schuleintritt die Gelegenheit, sich mit der Sprache und der Kultur auseinander zu setzen. Fachpersonen erarbeiteten dazu gemeinsam mit Anbietern ein einheitliches Konzept mit Hilfestellungen.

Der *Fachbereich Kommunikation* publizierte im Berichtsjahr insgesamt sechs Ausgaben «e-ducation Amtliches Schulblatt». Die Publikation erfuhr einige Änderungen: So wurde nicht nur Aussehen und Format geändert, sondern auch Erscheinungsweise und Inhalt. In Ergänzung dazu wurde der rein elektronische «e-ducation newsletter» für die Zielgruppe Schulleitungen und Mitglieder des Grossen Rats geschaffen. Der Newsletter wird monatlich zugestellt und informiert über die wichtigsten Ereignisse im Bildungs- und Kulturbereich. Im Zweiwochen-Rhythmus erscheint zudem ein elektronischer Medienspiegel zuhanden der Führungskräfte. In Zusammen-

arbeit mit Internetfachleuten gestaltete der Fachbereich die neue Struktur der Internet- und Intranetseiten, verfasste diverse Medienmitteilungen und unterstützte die Ämter bei der Realisierung von Kommunikationskonzepten und andern Medienprojekten.

Wie bereits in den früheren Jahren präsentierte sich die Erziehungsdirektion mit aktuellen Informationen aus dem Bildungsbereich an der BEA Bern sowie an der Berner Ausbildungsmesse BAM. Dieser unmittelbare Dialog insbesondere zur Zielgruppe der schulpflichtigen Kinder und ihren Lehrkräften gewinnt jährlich grössere Bedeutung. So wird beispielsweise auf den Zeitpunkt der BAM das gesamte Angebot an Publikationen aus dem Bereich des bernischen Bildungssystems aktualisiert und neu herausgegeben.

Den Frauenanteil auf Kaderstufe zu erhöhen bleibt weiterhin prioritäres Ziel der Kommission *Gender Mainstreaming*. Im Rahmen der Einführung eines Gleichstellungscontrollings ERZ wurde für 2004 in allen (nach NEF eingeführten) Leistungsvereinbarungen zwischen den Ämtern und dem Erziehungsdirektor mindestens ein Gleichstellungsziel vereinbart.

Für das *französischsprachige Generalsekretariat* stellte 2004 das erste vollständige Betriebsjahr der französischsprachigen Koordinationskonferenz (FRAKO) dar. Von den Arbeiten der Konferenz, die ihren Sitz in Tramelan und in Bern hat, sind vor allem die Beratungs- und Informationstätigkeiten im Zusammenhang mit den verschiedenen Projekten der ERZ sowie die Mitwirkung bei Beschlüssen in Bezug auf einschneidende Dossiers zu nennen, z. B. Schülerbeurteilung an der Volksschule und Bildungsstrategie. Die FRAKO hat auch die Vernehmlassung in Bezug auf den Westschweizer Rahmenlehrplan für die Volksschule (PECARO) organisiert und war an der Gründung der Hochschule Arc sowie an der Umstrukturierung der Pädagogischen Hochschule HEP-BEJUNE beteiligt. Die regelmässigen und ständigen Beziehungen zu den externen politischen Partnern (Conseil régional) sowie zu den gewerkschaftlichen Partnern (SEJB und LEBE-f) gehörten ebenfalls zu den Schwerpunkten der FRAKO, wie auch das neue Dossier des Interregionalen Fortbildungszentrums (IFZ) in Tramelan. Mit dem neuen Gesetz, das am 1.1.04 in Kraft trat, konnte das IFZ in eine selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt umgewandelt werden. Gleichzeitig übernahm der französischsprachige stellvertretende Generalsekretär die Vertretung der ERZ im Verwaltungsrat des IFZ. Im Berichtsjahr wurden verschiedene interne Reglemente ausgearbeitet. Weiter wurde in Zusammenarbeit mit der Leitung und dem Verwaltungsrat des IFZ auch eine Leistungsvereinbarung zwischen dem IFZ und der Erziehungsdirektion abgeschlossen.

8.2.2. **Amt für Kindergarten, Volksschule und Beratung**

Im Kanton Bern werden weiterhin keine Waldkindergärten geführt. Der Grosse Rat beschloss in der November-Session Nichteintreten auf eine Gesetzesrevision, welche den Gemeinden das Führen von Waldkindergärten ermöglicht hätte. Der Regierungsrat bewilligte ferner die finanziellen Mittel für ein Entwicklungsprojekt zur Flexibilisierung des Schuleintrittsalters (Schulversuch Basisstufe 2005–2010). Im französischsprachigen Kantonsteil konnte ebenfalls ein Pilotprojekt initialisiert werden.

Auf Grund der massiven Kritik von Lehrpersonen sowie von drei vom Grosse Rat überwiesenen Motionen haben die Abteilungen Volksschule deutsch und französisch die Schülerinnen- und Schülerbeurteilung ein Jahr nach deren Einführung angepasst. Zuhanden des Erziehungsdirektors sind in den Projekten «Neue Schulaufsicht und Beratung» und «Integration – Umsetzung von Artikel 17 VSG» wichtige Entscheidgrundlagen geschaffen worden. In Ergänzung zur Alltagsarbeit werden permanent wichtige Aussenkontakte gepflegt. Für den französischsprachigen Kantonsteil liegt im Rahmen von PECARO eine neue Lektionentafel im Entwurf vor. In Zusammenarbeit mit der Weiterbildungsstelle der pädagogischen Hochschule BEJUNE hat die französischsprachige Abteilung Volks-

schule Aufnahmeverfahren zum Nachdiplomstudium Sekundarstufe I und zur Ausbildung von Informatikfachpersonen entwickelt. Die *Erziehungsberatungsstellen* und der *Service psychologique pour enfants et adolescents* konnten nach langjährigen Bemühungen im Berichtsjahr endlich personell verstärkt werden, was zu einer merklichen Entlastung auf den Beratungsstellen führte. Zu vermerken ist eine deutliche Zunahme an Hilfsbegehren bei der Bewältigung von Notsituationen in Schulen und Gemeinden sowie von Aufträgen von Vormundschaftsbehörden zur Ausarbeitung von Fachgutachten zur Feststellung der Erziehungsfähigkeit der Eltern. Auf den *Berufsberatungs- und Informationszentren (BIZ)* sind neben der Informationsvermittlung und der persönlichen Beratung in vermehrtem Masse spezifische Begleitangebote, insbesondere bei Personen mit erschwerten Bedingungen beim Berufseinstieg und der Sicherung des Bildungserfolgs gefragt.

In den fünf regionalen *Schulinspektoraten* wurde für die Einführung des Lehrplans Kindergarten (deutsch) sowie die Einführung der revidierten Schülerinnen- und Schülerbeurteilung in den Kindergärten und Schulen wertvolle Unterstützungsarbeit geleistet. Im Berichtsjahr waren zudem insgesamt 192 Eingänge (Vorjahr 231) im Bereich der Verwaltungsjustiz zu verzeichnen. In 113 Fällen (146) konnte das Verfahren ohne Entscheid erledigt werden. Von den insgesamt 73 (82) bis Ende Jahr durch Entscheid erledigten Beschwerden wurden 19 (30) ganz oder teilweise gut geheissen.

8.2.3 Mittelschul- und Berufsbildungsamt

Gegen 95 Prozent aller jungen Erwachsenen erwerben im Kanton Bern einen Abschluss auf der Sekundarstufe II, sei dies in der Berufsbildung oder in einer allgemeinbildenden Schule wie dem Gymnasium. Damit steht der Kanton Bern nach Auswertungen des Bundesamtes für Statistik Schweizweit auf Rang 3. Über 12 Prozent erlangen eine Berufsmaturität, Tendenz steigend. 17,5 Prozent erreichen eine gymnasiale Maturität. Im Berichtsjahr wurde erstmals die dreijährige *Fachmittelschule mit Fachmaturität* gestartet, welche die Diplommittelschulen ablöst und primär den Zugang zu Gesundheits- und Sozialberufen auf der Tertiärstufe schafft.

Der vergleichsweise hohe Anteil an Abschlüssen auf der Sekundarstufe II ist nur möglich dank der Ausbildungsbereitschaft und Unterstützung der Berner Wirtschaft in der Berufsbildung. So konnte im Berichtsjahr mit Lehrstellenförderung und speziellen Vermittlungsprogrammen (Junior Job Service) der Anstieg der Anzahl Volksschulaustretenden vollumfänglich aufgefangen werden. Die Umfrage der Berufsberatung bei den Abschlussklassen zeigte, dass weniger Jugendliche ohne Anschlusslösung waren als im Vorjahr. Allerdings bestätigte sich die Tendenz, dass Jugendliche mit schulischen Defiziten, junge Migrantinnen und Migranten sowie Realschülerinnen und Realschüler es besonders schwer haben, einen geeigneten Ausbildungsplatz zu finden. Dies wird auch durch die Studie «Tree» (Ausbildungsverläufe) bestätigt. Der Kanton Bern weist ein spezifisches Brückenangebot auf (berufsvorbereitende Schuljahre, Vorlehre), das zielgerichtet diese Risikogruppen von Jugendlichen erfasst. Dieses Brückenangebot soll zukünftig noch stärker auf den Einstieg in die berufliche Praxis ausgerichtet werden.

Die Arbeiten mit der Umsetzung des neuen eidgenössischen Berufsbildungsgesetzes liefen auf Hochtouren. Ende Jahr hat der Bund die Bildungsverordnungen in zehn Berufen erlassen, vier davon als zweijährige Grundbildungen mit eidgenössischem Berufsattest. Das neue kantonale Gesetz über die Berufsbildung, Weiterbildung und Beratung (BerG) wurde in der Vernehmlassung gut aufgenommen. Alle Berufe wie auch die Erwachsenenbildung sollen neu in einem Gesetz zusammengefasst und gesteuert werden. Dies betrifft insbesondere auch die Gesundheitsberufe. Unter der Projektleitung der Erziehungsdirektion wurden die Entscheidungen für einen flächendeckenden Start der Fachangestellten Gesundheit gefällt. Die Curriculumarbeiten für die *Höhere Fachschule Pflege*

wurden gemeinsam mit den Kantonen Zürich und Aargau vorangetrieben. Auf teilweise Kritik stiess der Entscheid, diese Höhere Fachschule in einem kantonalen Kompetenzzentrum zu konzentrieren. Es wird eine grosse Herausforderung sein, dieses Kompetenzzentrum so zu gestalten, dass die Bildungsqualität hoch gehalten und die Versorgung mit guten Fachkräften auch in der Region sichergestellt bleibt.

Die Neuorganisation der *Gymnasien* (12 statt 19) konnte weitgehend konsolidiert werden, sodass mit der neuen Führungsstruktur wie geplant auf den Schuljahresbeginn 2005 gestartet werden kann. Die Arbeiten zum neuen Kantonalen Lehrplan Maturitätsausbildung (KLM) sind soweit gediehen, dass zum Ende des Berichtsjahres die Lehrplanentwürfe der einzelnen Fächer sowie des allgemeinen Teils vorlagen. Sie werden nun zum Gesamtlehrplan zusammengefügt. Um eine grösstmögliche Kohärenz und Einheitlichkeit sicherzustellen, soll der gymnasiale Lehrplan für das 9. Schuljahr sowie für das 10. bis 12. Schuljahr gemeinsam in eine Konsultation geschickt werden. Dies führt allerdings zu einer Verzögerung des Starts mit dem KLM um ein Jahr (neu Beginn im 9. Schuljahr am 1. 8. 2006).

Das Betriebsergebnis des Pilotprojektes NEF 2000 Gymnasium Hofwil wird im Rahmen der Besonderen Rechnung detailliert erläutert.

8.2.4 Amt für Hochschulen

Mit der Genehmigung des Konkordats über die Errichtung einer von den Kantonen Bern, Jura und Neuchâtel gemeinsam getragenen *Fachhochschule* (HE ARC) sowie dem Beitritt zum Westschweizer Fachhochschulkonkordat wurde das Ausbildungsangebot auf Hochschulstufe für die Bevölkerung des Berner Jura nachhaltig gesichert. Um die Mitwirkung in diesen Hochschulkonkordaten effizienter gestalten zu können, wurde eine Französischsprachige Abteilung geschaffen.

Die *Abteilung Universität* hat die Vorarbeiten zu einer Revision des Universitätsgesetzes weitergeführt. Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses für die Schaffung einer Philosophisch-humanwissenschaftlichen Fakultät ab 1. September 2005 wurde ausgearbeitet. Ebenso wurde auf Grund der Vorabklärungen ein Entwurf für einen Grossratsbeschluss über die Weiterführung der Zulassungsbeschränkungen im Bereich der Medizin bis zum Jahre 2008 vorbereitet. Für die Zusammenlegung der beiden Veterinärmedizinischen Fakultäten der Universitäten Bern und Zürich (Projekt Vetsuisse) wurde in Zusammenarbeit mit der Bildungsdirektion des Kantons Zürich ein Konkordatsentwurf ausgearbeitet. Der neue Vertrag zwischen der Stiftung Stadt- und Universitätsbibliothek Bern und dem Kanton wurde erarbeitet und soll der Regierung Anfang 2005 zur Genehmigung vorgelegt werden. Die durchgeführte Erfolgskontrolle über den Beitrag des Kantons Bern im Rahmen der interkantonalen Universitätsvereinbarung führte zu einer positiven Bewertung des Konkordats für den Kanton Bern.

Die *Abteilung Pädagogische Hochschulen* setzte die Umsetzungsarbeiten für die Errichtung der deutschsprachigen Pädagogischen Hochschule nach der Verabschiedung des Gesetzes durch den Grossen Rat planmässig fort. Der Verordnungsentwurf liegt vor und wird Anfang 2005 dem Regierungsrat zur Verabschiedung unterbreitet. Gründungsschulrat und Gründungsrektor der Pädagogischen Hochschule Bern nahmen ihre Arbeit auf. Für die im Jahr 2001 gegründete tertiäre Lehrerinnen- und Lehrerbildung ist der Betrieb bis zum Übergang zur Pädagogischen Hochschule sicherzustellen. Die Anzahl der Studierenden stieg erneut an. Der erste Jahrgang der Stufenausbildungen für den Kindergarten und die unteren Klassen der Primarstufe sowie für die oberen Klassen der Primarstufe wurde diplomiert und trat den Schuldiensten an. Das Medienzentrum Schulwarte Bern feierte sein 125-jähriges Bestehen. Die Kundenfreundlichkeit des Angebots konnte ohne zusätzliche Kosten in einzelnen Bereichen erhöht werden. Das Be-

triebsergebnis des Pilotbetriebes wird im Rahmen der Besonderen Rechnung detailliert erläutert.

Die Zentralstelle für Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung führte 1403 Veranstaltungen mit 319000 Teilnehmendenstunden durch. Schwerpunkte bildeten die Bereiche Schulentwicklung/Beratung und Unterrichtsentwicklung.

Die *Abteilung Fachhochschulen* führte die begonnenen Umsetzungsarbeiten im Berichtsjahr fort. So konnte die neue Verordnung über die Berner Fachhochschule (FaV) auf den 1. Juli 2004 in Kraft gesetzt werden. Der Beitritt des Kantons Bern zur neuen interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV) führt ab 2005 zu kostengerechteren Abteilungen für die verschiedenen Fachhochschulstudiengänge. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten die Arbeiten im Rahmen der neuen Bildungssystematik Gesundheit. Die Projektphase wurde gestartet und Ende Jahr genehmigte der Regierungsrat eine Vereinbarung mit den Kantonen Zürich und St. Gallen zwecks Erarbeitung gemeinsamer Rahmenbedingungen für Fachhochschulstudiengänge im Gesundheitsbereich.

Auch im vergangenen Jahr ist die Nachfrage nach den Dienstleistungen der *Abteilung Beratungsstelle der Berner Hochschulen* gestiegen. Neben den ständigen Hauptthemen der Beratung wie Studiengestaltung, Arbeitstechnik, Laufbahnfragen und persönliche Schwierigkeiten standen zunehmend Fragen im Zusammenhang mit der Umstellung auf das Bologna-Modell im Mittelpunkt der Konsultationen. Im Coaching-Bereich ist die Beratungsstelle, neben dem Schwerpunkt Konfliktbewältigung, vermehrt zu Moderationen im Bereich Teamentwicklung/Organisationsentwicklung beigezogen worden. Die Beratungsstelle hat ihre Angebote (Beratung/Coaching, Information, Workshops) in den Departementen der Berner Fachhochschule mit einer Veranstaltungsreihe noch besser bekannt gemacht sowie die Website erweitert und vollständig überarbeitet.

8.2.5 Amt für Kultur

Die Arbeiten im Zusammenhang mit dem neuen Kulturkonzept konnten nicht wie erwartet vorankommen, da die Frage der Aufgabenteilung zwischen dem Kanton, den Städten und den Gemeinden der regionalen Kulturkonferenzen zur Finanzierung der grossen Kultureinrichtungen zu intensiven Diskussionen geführt hat. Es wurden mehrere Szenarien ausgearbeitet, die 2005 zu einem definitiven Beschluss des Regierungsrats werden führen können.

Die Diskussionen rund um die Zusammenlegung des Zentrums Paul Klee und des Kunstmuseums Bern haben nicht zu den ursprünglich vereinbarten Zielen geführt. Die beiden Einrichtungen haben hingegen die Grundlagen für eine engere Zusammenarbeit verabschiedet und den Willen festgehalten, einige ihrer logistischen Abteilungen zusammenzulegen.

In Erfüllung des vom Grossen Rat erteilten Auftrags wurde eine Untersuchung des Musikunterrichts eingeleitet, um die Synergien zwischen dem fakultativen und dem obligatorischen Unterricht zu prüfen. Es sind jedoch keine Resultate möglich, die bereits 2005 zu Einsparungen führen werden.

Zusammen mit den Verantwortlichen der grösseren Gemeinden im Kanton Bern initiierte das Amt die Entflechtung der Zuständigkeiten im Bereich der einmaligen Kulturförderungsbeiträge. Ziele sind die grössere Transparenz gegenüber den Gesuchstellenden sowie die effizientere Zusammenarbeit mit den andern Förderstellen. Die Abteilungen Kulturförderung überarbeiteten in diesem Zusammenhang die Merkblätter und bereiteten einen kundenfreundlichen Internetauftritt vor.

Die Abteilung Kulturförderung für den französischsprachigen Kantonsteil hat im Berichtsjahr ihre Arbeiten fortgesetzt, um dank der Beteiligung des Kantons und der bernjurassischen Gemeinden die langfristige Finanzierung der Stiftung *Mémoires d'ici* sicherzustellen. Ab 2005 werden sich die meisten Gemeinden des Berner Juras an der Finanzierung dieser Stiftung beteiligen. Seit Juni 2004

halten die Kulturkommissionen der Kantone Bern und Jura regelmässig gemeinsame Sitzungen ab, um die Einsetzung der künftigen interjurassischen Kulturkommission vorzubereiten.

Die *Geschäftsstelle der kulturellen Kommissionen* betreute im Jahr 2004 insgesamt 17 öffentliche Ausschreibungen und Auszeichnungen der kulturellen Kommissionen und unterstützte besondere Leistungen von rund 100 Kulturschaffenden. Zudem wurden verschiedene Projekte umgesetzt, darunter die Reorganisation des kantonalen Kunstarchivs, ein Forum zu aktuellen Fragen der Musikkritik. Der Kulturpreis 2004 des Kantons wurde an die Burgdorfer Krimitage verliehen.

Denkmalpflege: Die Bauberatung erfüllte ihre Aufgaben mit hohem Belastungsgrad. Das Bauinventar befand sich im 10. und letzten Jahr der vom Grossen Rat gesetzten Frist zur Erarbeitung der Inventarhefte. Der Endspurt führte dazu, dass 80 Prozent der Gemeinden diese Hefte besitzen. Die restlichen 20 Prozent der Gemeinden verfügen über andere – genügende – Festlegungen der Schutzobjekte.

Der Archäologische Dienst des Kantons Bern hat insgesamt 180 Baugesuche beantwortet und mit Stellungnahmen oder Gutachten an 43 Planungen teilgenommen. Es wurden 96 Ausgrabungen und Gebäudeanalysen durchgeführt, wobei die meisten mittelalterliche Objekte betrafen. Zu den Höhepunkten des Jahres gehörte die Restaurierung der Ruine Rest in Meiringen. Dank Erkundungskampagnen im Gadmental und im Gental konnte das Inventar ergänzt werden. Auch die Liste der Ruinen im Berner Oberland konnte abgeschlossen werden. Dank Ausstellungen, Publikationen und geführten Besichtigungen konnte die Bevölkerung über die Arbeiten des Archäologischen Dienstes informiert werden.

8.2.6 Amt für zentrale Dienste

Das Berichtsjahr war geprägt durch die Konsolidierung der Dienstleistungen in den Bereichen Personal- und Finanzdienstleistungen, die Umstrukturierung im Informatikbereich, die Federführung im Projekt VITSekII und dem neuen Gesetz über die Ausbildungsbeiträge.

Die Abteilung Personaldienstleistungen (APD) wurde mit der Umsetzung der Teilrevision über die Anstellung der Lehrkräfte (LAV) beauftragt. Die Änderungen im Gehaltssystem der Lehrkräfte konnten rechtzeitig auf den Schuljahresbeginn 04/05 umgesetzt werden.

Neu stehen der Erziehungsdirektion verschiedene Personalstatistiken im Bereich Lehrkräfte zur Verfügung. Die APD hat diese Statistiken in Zusammenarbeit mit den Ämtern erarbeitet und umgesetzt. In der Abteilung Finanzdienstleistung wurden die organisatorischen Anpassungen abgeschlossen. Im Verlauf des Jahres konnten verschiedene Dienstleistungen zu Gunsten der Ämter erweitert und die jeweiligen Dienstleistungsvereinbarungen angepasst werden.

Projekt VITSekII

Das AZD führt im Auftrag des Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA) das Projekt VITSekII (Verwaltungsinformatik Sekundarschulen II). Primäres Ziel dieses Projekts ist die Einführung einer einheitlichen Schuladministrationslösung (Software) für die Gymnasien und Berufsschulen. Damit verbunden ist auch eine Vereinheitlichung der Informatikplattformen, mit transparenten Prozessen und Strukturen und weniger Schnittstellen. Am 1. April 2004 wurde der Entscheid gefällt, die Schulverwaltungslösung EVENTO als Standardlösung zu beschaffen. Der Betrieb der Lösung wird durch die BEDAG Informatik sichergestellt. Diese hat im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung nach WTO das wirtschaftlich beste Angebot eingereicht. Ein entscheidender Schritt ist auch bei der Vernetzung der verschiedenen Schulstandorte und Schulen untereinander und mit dem kantonalen Netz gelungen. Gemeinsam mit der Universität und der Berner Fachhochschule wird ein Kommunikationsnetz aufgebaut. Die erste Staffel Schulen (rund 10) sollten per 1. März 2005 mit EVENTO die Arbeit aufnehmen können.

Neues Stipendengesetz

Im Gegensatz zum heutigen Modell, welches auf das betriebsrechtliche Existenzminimum und das steuerbare Einkommen abstellt, soll neu auf die höheren Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) und auf das Nettoeinkommen abgestellt werden. Entsprechend der politischen Diskussion sollen die Darlehen für erwachsene Auszubildende auf Tertiärstufe gegenüber heute massvoll und in verantwortbarem Rahmen ausgebaut werden. Es ist vorgesehen, während der ersten drei Studienjahre 100 Prozent Stipendien und ab dem vierten Studienjahr zwei Drittel Stipendien und ein Drittel Darlehen zu gewähren. Dadurch ist die Vorlage konform mit der Bologna-Reform. Das Gesetz wurde 18. November 2004 vom Grossen Rat angenommen.

Projekt IT-Harmonisierung

Die Erziehungsdirektion hat im Frühjahr 2004 den regierungsrechtlichen Auftrag zur IT-Harmonisierung umgesetzt und ein entsprechendes Projekt gestartet. Die Gesamtprojektleitung erarbeitete in der Phase Initialisierung ein Detailkonzept, welches erste Ausblicke auf den weiteren Projektverlauf lieferte. Die Phase Konzept begann mit einer Bestandesaufnahme in den 51 zu harmonisierenden Standorten. Bis Ende Jahr können bereits erste Resultate der Konzeptphase geliefert werden.

8.3 Personal**8.3.1 Übersicht**

Besetzung bewirtschaftbarer Stellen
(Schulen: nur Verwaltungspersonal)

Verwaltungseinheit	Anzahl		in 100%-Stellen		Total
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	
Generalsekretariat	25	38	21,50	28,09	49,59
Amt für Kindergarten, Volksschule und Beratung AKVB:					
AKVB Zentralverwaltung	6	11	5,50	7,40	12,90
AKVB Aussenstellen ¹	99	256	77,85	133,96	211,81
Mittelschul- und Berufsbildungsamt	20	43	17,20	32,05	49,25
Mittelschulen/Fachmittelschulen	41	59	38,96	32,03	70,99
Berufsschulen ²	94	138	82,28	86,72	169,00
Technikerschulen/ Höhere Fachschulen	1	–	0,55	–	0,55
Amt für Hochschulen	13	30	10,45	21,95	32,40
Amt für Kultur	26	24	21,70	16,03	37,73
Amt für zentrale Dienste	26	34	19,65	20,65	40,30
Total	351	633	295,64	378,88	674,52

¹ Erziehungsberatung, Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung, Schulinspektorate, Ecole Cantonale de langue française

² neu inkl. Gartenbauschulen Oeschberg (Verwaltungspersonal und Lehrkräfte)

8.4 Rechtsetzungsprogramm

Stand 31. Dezember 2004

Titel des Erlasses	Bearbeitungsstand	Voraussichtliche Beratung im Grossen Rat
8.4.1 Aufträge gemäss Gesetzgebungsprogramm der Richtlinien der Regierungspolitik		
– Gesetz über die Fachhochschulen (FaG)		seit 1.1.2004 in Kraft
– Gesetz über die Lehrerinnen- und Lehrerbildung (LLBG)	6	
– Diplommittelschulgesetz	1	2006
– Gesetz über die Ausbildungsbeiträge (Stipendengesetz, StipG)	6	
– Interkantonale Vereinbarung im Fachhochschulbereich mit den Kantonen Jura und Neuenburg	6	
– Beitritt zum Konkordat der Westschweizer Fachhochschule	6	

Besetzung NEF-Betriebe und nicht bewirtschaftbare Stellen¹

Verwaltungseinheit	Anzahl		in 100%-Stellen		Total
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	
Gymnasium Hofwil	7	7	7	4,79	11,79
Medienzentrum Schulwarte	25	28	12,37	10,90	23,27
Lehrerinnen- und Lehrerbildungsinstitute	731	591	132,57	118,44	251,01
Reg. Schulinspektorate	10	6	5,45	3,11	8,56
Kinderklinik	–	6	–	4,86	4,86
Ecole cant. de langue franç.	6	49	2,99	21,79	24,78
Fachmittelschulen	64	66	17,44	15,02	32,46
Technikerschulen, Höhere Fachschulen	145	6	37,77	0,71	38,48
Berner Fachhochschule ²	871	284	540,28	142,88	683,16
Total	1 859	1 043	755,87	322,50	1 078,37

¹ inkl. Lehrkräfte an kant. Diplommittelschulen, Sonderpädagogische Schulen, Ecole cantonale de langue française und Institute LLB, reg. Schulinspektorate; Lehrkräfte und Assistierende BHF.

² neu inkl. ehemalige HTA Bern

Besetzung Fondstellen

Verwaltungseinheit	Anzahl		in 100%-Stellen		Total
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	
Fonds Fortbildungszentrum Tramelan	31	37	29,80	25,13	54,93
Total	31	37	29,80	25,13	54,93

8.3.2 Personelle Änderungen auf Führungsebene

Auf der Führungsebene I (Amtvorstehende, Generalsekretär) waren im Jahr 2004 keine personellen Veränderungen zu verzeichnen.

8.3.3 Ausbildung

Für das Kader wurden zum Thema «Weiterentwicklung der Bildungsstrategie» während zwei Tagen Referate und Workshops angeboten. Eine dreitägige Fachausbildung «Controlling» wurde von den KLER-Kreiscontrollerinnen und -controllern sowie von deren Stellvertretenden besucht.

In einer breit angelegten Schulung wurden alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Verwaltungspersonal) mit dem neuen MAG-Formular vertraut gemacht, das in der Erziehungsdirektion ab 2005 zum Einsatz kommt.

8.3.4 Verbesserung der Vertretung und der beruflichen Stellung der Frauen

Auf Amtsleitungsebene (Führungsebene I) sind seit Anfang 2003 alle Stellen unverändert mit Männern besetzt. Auf Ebene Abteilungsleitung (Führungsebene II) ist gegenüber dem Vorjahr eine Frau mehr zu verzeichnen.

Titel des Erlasses	Bearbeitungsstand	Voraussichtliche Beratung im Grossen Rat
– Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung bezüglich der Haute Ecole de Théâtre de la Suisse Romande (HETSR)	1	
– Gesetz über die Förderung von Turnen und Sport		Verantwortung bei POM
– Gesetz über die Bernische Lehrerversicherungskasse	6	
– Gesetz über die Berufsbildung und die Berufsberatung (BerG)	3	2005
– Gesetz über die Maturitätsschulen (MaSG)	1	2006
– Kulturförderungsgesetz (KFG)	1	2006
– Gesetz über das Interregionale Fortbildungszentrum in Tramelan		auf 1.1.2004 in Kraft

8.4 **Rechtsetzungsprogramm** (Forts.)

Stand 31. Dezember 2004

Titel des Erlasses	Bearbeitungsstand	Voraussichtliche Beratung im Grossen Rat	Titel des Erlasses	Bearbeitungsstand	Voraussichtliche Beratung im Grossen Rat
- Grossratsbeschluss betreffend Beitritt des Kantons Bern zur Interkantonalen Vereinbarung über die Vetsuisse-Fakultät	1		- Gesetz über die Konkordate zu den landwirtschaftlichen Hochschulen (KLwHG)	6	
- Gesetz über das Medienzentrumschulwarte Bern	6		- Beitritt zur Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV)	6	
8.4.2 Aufträge aus überwiesenen Motionen und Postulaten			- Vereinbarung zwischen dem Kanton Bern und der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik Zürich (HfH)		seit 1.9.2004 in Kraft
- Kindergartengesetz	5				
8.4.3 Folgegesetzgebung zum Bundesrecht					
8.4.4 Andere Gründe					
- Gesetz über die Förderung der Erwachsenenbildung (wegen SAR)	3	2005 (in BerG integriert)	0 = Arbeiten noch nicht aufgenommen	5 = vom Grossen Rat verabschiedet	
- Gesetz über die Anstellung der Lehrkräfte (LAG) (wegen Rückweisung PeLAG)	6		1 = in Ausarbeitung	6 = Referendumsfrist läuft	
			2 = in Vernehmlassung	7 = vor der Volksabstimmung	
			3 = vom Regierungsrat verabschiedet	8 = zurückgezogen	
			4 = von der Kommission behandelt		

8.5 **Informatikprojekte (Übersicht)**

Dienststelle	Projekt/Anwendung	Investition im Berichtsjahr TFr.	Produktionskosten bei Vollbetrieb TFr.	Produktionskosten im Berichtsjahr TFr.	Realisierungszeitraum
(Rahmenkredit) 4833.100-900	AZD; VITSekII (Verwaltungsinformatik Sekundarschulen II) Ingenieursschulen, Ersatz für Neuerungen	3 452	1 670		2004-2009 2004

8.6 **Erfolgskontrolle von Staatsbeiträgen**

Amt	ASP-Nr.	Kurzbezeichnung Staatsbeitrag	Det.-Grad/Planjahr	Status	Folgeschritte
4820	ERZ00068	Interkantonale Institutionen (DBK, ...)	G/1999	abgeschlossen, RRB 3417/17.11.04	gemäss RRB
4830	ERZ00027	Stadt- und Universitätsbibliothek Bern	G/2000	abgeschlossen, RRB 2855/15.9.04	gemäss RRB
4870	ER000049	Allgemeine Musikschulen	G/2001	abgeschlossen, RRB 2473/18.8.04	gemäss RRB
4870	ERZ00054	Einmalige Investitionsbeiträge Dritte	G/2001	wird abgeschrieben im 2005	
4820	ERZ00060	Einführungskurse und berufliche Fort- und Weiterbildungskurse	G/2002	in Arbeit, Abschluss 2005	offen
4830	ERZ00036	Interkantonale Vereinbarung über Hochschulbeiträge	G/2002	in Arbeit, Abschluss 2005	offen

Legende: G = Grobuntersuchung, D = Detailuntersuchung

8.7 **Andere wichtige Projekte (Übersicht)**

Amt/Abt.	Projekt	Inhalte	Abschluss
AKVB/BiEv	Neugestaltung des 9. Schuljahres I	Verbesserung der Lern-Motivation der Schülerinnen und Schüler und der Übergänge in die Sekundarstufe II	2004
AKVB/SREP MBA/BiEv	Pilotprojekt Neugestaltung des 9. Schuljahres Konsequenzen der Maturitätsreform 1995 für das Bestehen der Matura (EVAMAR)	Untersuchung der verschiedenen Motivationskomponenten Gesamtschweizerischen Projekt, wobei der Kt. Bern die Gesamtleitung hat	2005
MBA/BiEv AH	Evaluation der Maturitätsausbildung im Kanton Bern Zusammenarbeit BE/BS in der Medizin	Prüfen einer möglichen Kooperation in der medizinischen Lehre und Forschung sowie in der Spitzenmedizin	2005

8.8 **Parlamentarische Vorstösse**
(Motionen und Postulate)

8.8.1 **Abschreibung von Motionen und Postulaten**

8.8.1.1 *Abschreibung erfüllter Motionen und Postulate*

Postulat 238/84 Steiner, Ziebach, vom 6.9.84: Finanzielle Unterstützung für die Bernischen Jugendmusiken (angenommen am 12.2.85)

Die Anliegen wurden im Rahmen der Diskussion und der Umsetzung des SAR-Beschlusses zu den Musikschulen geprüft. Im Gegensatz zum Zeitpunkt, als dieser Vorstoss überwiesen wurde, bestehen heute im gesamten Kanton Musikschulen. Die Erreich-

barkeit dieser Musikschulen ist ebenfalls im gesamten Kanton gegeben. Die Prüfung im Rahmen von SAR hat ergeben, dass der Kanton an eine regelmässige kantonale Unterstützung die Bedingung der Professionalität knüpfen will. Die anerkannten Musikschulen garantieren diese Professionalität und decken mit ihrem Angebot den öffentlichen Auftrag im Bereich Musikunterricht ab. Die Finanzierung zusätzlicher Angebote ist von privater Seite sicherzustellen.

Motion 067/98 GFL (Sieber, Bern), vom 16.3.98: Bessere Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte – bessere Schule (Punkte 3 bis 6 angenommen als Postulat am 1.9.98, Fristerstreckung bis 2004 gewährt am 20.11.02)

Der Grosse Rat hat die Anliegen im Rahmen der Änderung vom 23.11.04 des Gesetzes vom 20.1.93 über die Anstellung der Lehrkräfte (LAG; BSG 430.250) geprüft und teilweise aufgenommen.

Motion 210/98 Amstutz, Sigriswil (SVP), vom 16.11.98: Transparente und marktgerechte Abgeltung von Lehre und Forschung für alle bernischen Spitäler (Punkte 1 bis 4 angenommen am 24.6.99)

Mit der Leistungsvereinbarung von Dezember 2004 zwischen der Universität und dem Inselspital über die Abgeltung der Leistungen des Inselspitals für Lehre und Forschung wurde die grundsätzliche Voraussetzung geschaffen, um die Leistungen der Spitäler zu Gunsten der Universität abzugelten.

Motion 29/00 Gerber, Thun (FDP), vom 31.1.00: Sofortmassnahmen zum Erhalt geeigneter Lehrkräfte (angenommen am 4.4.00, Fristverlängerung bis 04 gewährt am 20.11.02)

Der Grosse Rat hat die Anliegen im Rahmen der Änderung vom 23.11.04 des Gesetzes vom 20.1.93 über die Anstellung der Lehrkräfte (LAG; BSG 430.250) aufgenommen.

Motion 115/00 Guggisberg, Kirchlindach (SVP)/Gerber, Thun (FDP), vom 5.6.00: Freie Schulwahl/Studentische Mobilität/Qualitätssicherung (angenommen am 7.9.00, Fristverlängerung bis 04 gewährt am 20.11.02)

Der Grosse Rat hat die Anliegen im Rahmen des Gesetzes vom 8.9.04 über die deutschsprachige Pädagogische Hochschule, im Grossratsbeschluss vom 23.11.04 über den Beitritt des Kantons Bern zur Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung vom 12.6.03 wie auch in den übrigen Erlassen betreffend die Hochschulen des Kantons Bern aufgenommen.

Motion 041/01 Rytz, Bern (GB), vom 6.2.01: Zugang zur Lehrerinnen- und Lehrerbildung mit Berufsmatur (angenommen am 6.9.01, Fristverlängerung bis 05 gewährt am 12.2.04)

Der Grosse Rat hat die Anliegen im Rahmen des Gesetzes vom 8.9.04 über die deutschsprachige Pädagogische Hochschule aufgenommen.

Motion 044/01 GPK (Widmer-Keller, Büren a. A.), vom 27.3.01: Dringliche Massnahmen im Bereich der Gesamtkonzeption der Lehrerinnen- und Lehrerbildung (GKL) des Kantons Bern (angenommen am 13.6.01, Fristverlängerung bis 05 gewährt am 12.2.04)

Der Grosse Rat hat die Anliegen im Rahmen des Gesetzes vom 8.9.04 über die deutschsprachige Pädagogische Hochschule aufgenommen.

Postulat 050/01 Gerber, Biel (SP), vom 2.4.01: Für eine korrekte Terminologie (angenommen am 28.11.01)

Der Grosse Rat hat das Anliegen im Rahmen der Änderung vom 23.11.04 des Gesetzes vom 20.1.93 über die Anstellung der Lehrkräfte (LAG; BSG 430.250) aufgenommen.

Motion 059/01 Guggisberg, Kirchlindach (SVP), vom 2.4.01: Bessere Bedingungen für Berufsleute bei der Zulassung zur Lehrerbildung (angenommen am 13.6.01, Fristverlängerung bis 05 gewährt am 12.2.04)

Der Grosse Rat hat die Anliegen im Rahmen des Gesetzes vom 8.9.04 über die deutschsprachige Pädagogische Hochschule aufgenommen.

Motion 126/01 FDP (Santschi, Brienz), vom 11.6.01: Eigene Pädagogische Hochschule für die Lehrkräfte der Volksschule (angenommen am 24.1.02)

Der Grosse Rat hat das Anliegen im Rahmen des Gesetzes vom 8.9.04 über die deutschsprachige Pädagogische Hochschule aufgenommen.

Motion 001/02 Mosimann, Ittigen (EVP), vom 10.1.02: Illetrismus (Lese- und Schreibschwäche) – ein verdrängtes Problem (Punkte 1 und 2 als Motion, Punkt 3 als Postulat angenommen am 10.09.02)

Im Herbst 04 wurde allen Schulen eine von der Erziehungsdirektion erarbeitete Handreichung zur Leseförderung zur Verfügung gestellt. Mit dem «Verein Lesen und Schreiben» wurde der Bedarf an Infrastruktur für die Nachholbildung für Erwachsene überprüft und eine gemeinsame Lösung zur Finanzierung gefunden. Ebenfalls in Zusammenarbeit mit dem «Verein Lesen und Schreiben» werden die Zielgruppen der Betroffenen regelmässig über verschiedene Kanäle mit den notwendigen Informationen zur Bekämpfung der Lese- und Schreibschwäche versorgt.

Motion 011/02 Rytz, Bern (GB), vom 21.1.02: Schulen ans Buch! (angenommen als Postulat am 10.9.02, Fristverlängerung bis 06 gewährt am 23.11.04)

Im Herbst 04 wurde allen Schulen eine von der Erziehungsdirektion erarbeitete Handreichung zur Leseförderung zur Verfügung gestellt. Die Anliegen betreffend Anwendung kooperativer Unterrichtsformen und angepasster Methodik werden im Rahmen der Grundausbildung und der Weiterbildung der Lehrkräfte umgesetzt.

Motion 079/02 Schärer, Bern (GB), vom 26.3.02: Der Waldkindergarten ist eine gute Alternative (angenommen am 10.9.02)

Der Grosse Rat hat das Anliegen am 23.11.04 im Rahmen der Änderung des Kindergartengesetzes vom 23.11.83 (KG; BSG 432.11) verworfen.

Motion 155/02 Hess-Güdel, Grünen (SP), vom 2.9.02: Standesinitiative; Koordination der kantonalen Bildungssysteme (Punkte 1, 2 und 5 angenommen am 9.4.03)

Die Anliegen wurden im Rahmen des Grossratsbeschlusses vom 17.6.04 betreffend Standesinitiative des Kantons Bern über die Koordination der kantonalen Bildungssysteme umgesetzt.

Motion 212/02 Indermühle, Schwarzenburg (SP), vom 18.11.02: Weiterbildung der Lehrpersonen im Kanton Bern (angenommen als Postulat am 13.2.03)

Die Anliegen wurden im Rahmen der Diskussion und der Umsetzung des SAR-Beschlusses zur Fortbildung der Lehrkräfte geprüft. Es wurde beschlossen, die Fortbildungspflicht der Lehrkräfte von 90 auf 50 Stunden zu reduzieren und die dafür vorgesehenen Mittel um 4 Millionen Franken zu kürzen. Der Grosse Rat hat diesen Beschluss im Rahmen des Gesetzes vom 8.9.04 über die deutschsprachige Pädagogische Hochschule umgesetzt. Die Zentralstelle für Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung hat ein Konzept für die Weiterbildung der Lehrpersonen als Instrument der Qualitätsentwicklung erarbeitet (Punkte 1 und 2). Die Schulleitungen werden die Führungsverantwortung in Fragen der Weiterbildung übernehmen (Punkt 3). Ein Belassen der Mittel auf dem Stand von 2002 ist aus Gründen der Haushaltsanierung nicht möglich (Punkt 4).

Motion 214/02 Hänsenberger-Zweifel, Burgdorf (SP), vom 18.11.02: Schaffung von regionalen Kompetenzzentren für die Lehrerinnen- und Lehrerbildung (angenommen als Postulat am 12.2.03)

Der Grosse Rat hat die Anliegen im Rahmen des Gesetzes vom 8.9.04 über die deutschsprachige Pädagogische Hochschule aufgenommen und den Entscheid über das «wie» der Aufgabenerfüllung an diese delegiert. Es wird der Pädagogischen Hochschule obliegen, ihre Aufgabe nachhaltig und zugleich kostengünstig zu erfüllen.

Motion 217/02 Guggisberg, Kirchlindach (SVP), vom 18.11.02: Für tiefere Kosten bei der Lehrerinnen- und Lehrerbildung beim geplanten Aufbau der neuen deutschsprachigen Pädagogischen Hochschule Bern (angenommen als Postulat am 13.2.03)

Der Grosse Rat hat die Anliegen im Rahmen des Gesetzes vom 8. 9. 04 über die deutschsprachige Pädagogische Hochschule aufgenommen.

Motion 273/03 Küng-Marmet, Saanen (SVP), vom 17.11.03: Überführung der Praktikantenschule Spiez ins Konzept der 10. Schuljahre (angenommen als Postulat am 21. 4. 04)

Das Anliegen ist im Rahmen der Überführung der Praktikantenschule Spiez in die Schlossbergschule Thun umgesetzt worden.

Motion 044/04 Rytz, Bern (GB), vom 9. 2. 04: Überarbeitung der neuen Schülerbeurteilung für die Volksschule (Schübe) (Punkte 1 und 3 als Postulat, Punkt 2 als Motion angenommen am 21. 4. 04) Die Anliegen sind im Rahmen der Änderung vom 28. 5. 04 der Direktionsverordnung vom 7. 5. 02 über Beurteilung und Schullaufbahntscheide in der Volksschule (DVBS; BSG 432.213.11) aufgenommen worden.

Motion 070/04 Stalder-Landolf, Muri (FDP), vom 27. 2. 04: Schülerbeurteilung: Jetzt muss gehandelt werden! (Punkte 1, 3, 4 und 5 als Motion, Punkt 2 als Postulat angenommen am 21. 4. 04)

Die Anliegen sind im Rahmen der Änderung vom 28. 5. 04 der Direktionsverordnung vom 7. 5. 02 über Beurteilung und Schullaufbahntscheide in der Volksschule (DVBS; BSG 432.213.11) aufgenommen worden.

Motion 071/04 Ingold, Niederbipp (SP), vom 3. 3. 04: Ein Schub für Schübel (angenommen am 21. 4. 04)

Die Anliegen sind im Rahmen der Änderung vom 28. 5. 04 der Direktionsverordnung vom 7. 5. 02 über Beurteilung und Schullaufbahntscheide in der Volksschule (DVBS; BSG 432.213.11) aufgenommen worden.

Motion 210/04 GFL (Pulver, Bern), vom 6. 9. 04: BLVK-Debakel: Vergangenheit bewältigen und Lehren für die Zukunft ziehen (angenommen am 18.11.04, wobei das Anliegen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit bereits beschrieben wurde)

Das Anliegen von Punkt 1 ist mit Brief vom Regierungsrat vom 24.11.04 an die Verwaltungskommission der BLVK umgesetzt worden. Punkt 2 wird von der Finanzdirektion umgesetzt.

8.8.1.2 *Ausserordentliche Abschreibung erfüllter Motionen und Postulate*

Keine.

8.8.2 **Vollzug überwiesener Motionen und Postulate**

8.8.2.1 *Motionen und Postulate, deren Zweijahresfrist noch nicht abgelaufen ist*

Frist bis Ende 2005

Motion 180/02 Tanner, Bern (SP), vom 9. 9. 02: Berufsbildung unter einem Dach (angenommen am 9. 4. 03)
In Bearbeitung.

Motion 196/02 Allemann, Bern (SP), vom 23. 9. 02: Flächendeckendes Berufsschulturnen mit Alternativkonzept (angenommen als Postulat am 15. 9. 03)
In Bearbeitung.

Motion 236/02 Rytz, Bern (GB), vom 28.11.02: Evaluation der Begabtenförderung (angenommen am 19. 6. 03)
In Bearbeitung.

Motion 011/03 Guggisberg, Kirchlindach (SVP), vom 10. 2. 03: Synergien zwischen UNI, Fachhochschule und Pädagogischer Hochschule umsetzen (angenommen am 11. 9. 03)
In Bearbeitung.

Motion 017/03 Heuberger, Oberhofen (GFL), vom 10. 2. 03: Grounding der Hausarztmedizin? (angenommen am 15. 9. 03)
In Bearbeitung.

Motion 040/03 Käser, Langenthal (FDP) vom 11. 2. 03: Lehrortsprinzip an Berufsschulen (angenommen als Postulat am 15. 9. 03)
In Bearbeitung.

Motion 043/03 Allemann, Bern (SP), vom 12. 2. 03: Mitbestimmungsrechte Berufsschülerinnen und Berufsschüler stärken! (angenommen am 15. 9. 03)
In Bearbeitung.

Frist bis Ende 2006

Motion 192/03 Schärer, Bern (GB)/Morgenthaler, Richigen (GFL), vom 26. 6. 03: Die Umsetzung der «Bologna-Deklaration» ist eine bildungspolitische Frage (angenommen am 12. 2. 04)
In Bearbeitung.

Motion 206/03 Beeri-Walker, Niederwichtach (SP), vom 8. 9. 03: Schulsozialarbeit im Kanton Bern (angenommen als Postulat am 21. 4. 04)
In Bearbeitung.

Motion 222/03 Bommeli, Bremgarten (FDP), vom 10. 9. 03: Lösung für die heutige Realität: Blockzeiten an allen Berner Kindergärten und Schulen im Interesse von Familie, Wirtschaft und Gesellschaft (angenommen am 12. 2. 04)
In Bearbeitung.

Motion 005/04 Guggisberg, Kirchlindach (SVP), vom 13. 1. 04: Kostenneutrale Umsetzung an der Sekundarstufe I: Für mehr Chancengleichheit bei der Berufswahl (angenommen am 21. 4. 04)
In Bearbeitung.

Motion 017/04 Fuchs, Bern (SVP), vom 9. 2. 04: Auch «weiche» Drogen sind «bireweich»: Prävention gegen Hanfkonsum in den Schulen ist von Nöten (Punkt 2 angenommen als Motion am 24.11.04)
In Bearbeitung.

Motion 089/04 SVP (Oppliger, Thun), vom 19. 4. 04: Die verschiedenen Systeme bei der Grundschule auf zwei Modelle reduzieren (angenommen als Postulat am 24.11.04)
In Bearbeitung.

Motion 155/04 Blaser, Heimberg (SP), vom 14. 6. 04: Gleiche Rahmenbedingungen für alle Lehrkräfte auf der Sekundarstufe II (angenommen als Postulat am 13. 9. 04)
In Bearbeitung.

Motion 193/04 Fischer, Meiringen (SVP), vom 18. 8. 04: Sanierungsbeitrag ist rasch möglichst zu erheben (Punkte 1, 2 [2. Satz] und 3 angenommen am 18.11.04)
In Bearbeitung.

Motion 199/04 FDP (Käser, Langenthal), vom 3. 9. 04: Weichenstellung für eine sichere und finanzierbare Pensionskasse der Lehrerinnen und Lehrer (Punkte 1 und 8 als Motion, Punkte 2 und 4 als Postulat angenommen am 18.11.04)
In Bearbeitung.

Motion 204/04 Balli-Straub, Langenthal (SP), vom 6. 9. 04: Höhere Fachschule Gesundheit: Weichen jetzt stellen! (Punkt 1 als Postulat, Punkt 2 als Motion angenommen am 23.11. 04)
In Bearbeitung.

Motion 221/04 Kropf, Bern (JAI), vom 6. 9. 04: Finanzierungslücke für das Zentrum Paul Klee verhindern (angenommen am 23.11. 04)
In Bearbeitung.

8.8.2.2 *Motionen und Postulate mit Fristerstreckung*

Fristerstreckung bis Ende 2005

Motion 195/00 GPK (Widmer-Keller, Büren a. A.), vom 26.10. 00: Eine tragfähige Bildungsfinanzierung (angenommen am 13. 6. 01, Fristverlängerung bis 05 gewährt am 12. 2. 04)
In Bearbeitung.

Postulat 060/01 Guggisberg, Kirchlindach (SVP), vom 2. 4. 01: Fördermassnahmen für 7.–9. Klasse der Sekundarstufe I (angenommen am 21.11. 01, Fristverlängerung bis 05 gewährt am 12. 2. 04)
In Bearbeitung.

Fristerstreckung bis Ende 2006

Motion 219/01 Salzmann, Oberburg (SVP), vom 26.11. 01: Darlehen an Professorinnen und Professoren als Beitrag zum Einkauf in die Pensionskasse (Punkt 1 als Postulat, Punkt 2 als Motion angenommen am 21. 3. 02, Fristverlängerung bis 06 gewährt am 23.11. 04)
In Bearbeitung.

Motion 095/02 Zuber, Moutier (PSA), vom 3. 6. 02: Für eine gemeinsame interjurassische Kulturförderung (Punkt 1 als Motion, Punkt 2 als Postulat angenommen am 9. 9. 02, Fristverlängerung bis 06 gewährt am 23.11. 04)
In Bearbeitung.

8.8.2.3 *Motionen und Postulate, deren Fristerstreckung abgelaufen ist*

Motion 229/98 Lack, Gümligen (FDP), vom 23.11. 98: Förderung des Englischunterrichts an Berner Schulen (Punkte 1 und 3 angenommen als Motion, Punkte 2 und 4 angenommen als Postulat am 24. 6. 99, Fristverlängerung bis 03 gewährt am 21.11. 01)
Das Anliegen wird im Rahmen des Sprachenkonzepts aufgenommen.

Motion 110/99 Schärer, Ostermündigen (GB), vom 29. 4. 99: Versorgungskonzept für Kleinklassen und Spezialunterricht im Kanton Bern (angenommen am 2. 2. 00, Fristerstreckung bis 04 gewährt am 20.11. 02)

Die Anliegen werden im Rahmen der Umsetzung des am 5. 9. 01 geänderten Artikels 17 des Volksschulgesetzes vom 19. 3. 92 (VSG; BSG 432.210) geprüft und entsprechend den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln realisiert werden.

Postulat 118/99 Hayoz-Wolf, Herrenschwanden (FDP), vom 4. 5. 99: Universitätszugang für Spät- und Wiedereinsteigerinnen (angenommen am 3. 2. 00, Fristverlängerung bis 04 gewährt am 20.11. 02)

Das Anliegen wird im Rahmen der Revision des Gesetzes vom 5. 9. 96 über die Universität (Universitätsgesetz, UniG; BSG 436.11) geprüft werden.

Motion 189/99 Gresch, Bern (GB), vom 6. 9. 99: Neues Bildungskonzept für die multikulturellen Schulen (angenommen am 3. 2. 00, Fristerstreckung bis 04 gewährt am 20.11. 02)

Die Anliegen werden im Rahmen der Umsetzung des am 5. 9. 01 geänderten Artikels 17 des Volksschulgesetzes vom 19. 3. 92 (VSG; BSG 432.210) geprüft und entsprechend den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln realisiert werden.

Motion 248/99 von Escher-Furrer, Seedorf (GFL), vom 15.11. 99: Quoten für gesetzlich verankerten Spezialunterricht an der Volksschule (angenommen am 8. 6. 00, Fristerstreckung bis 04 gewährt am 20.11. 02)

Die Anliegen werden im Rahmen der Umsetzung des am 5. 9. 01 geänderten Artikels 17 des Volksschulgesetzes vom 19. 3. 92 (VSG; BSG 432.210) geprüft und entsprechend den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln realisiert werden.

Bern, 10. März 2005

Der Erziehungsdirektor: *Annoni*

Vom Regierungsrat genehmigt am 5. April 2005

